

Dienstag, 24. November 2020, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Nur wer zahlt, redet auch mit

Grasbrunn beteiligt sich nach langer Diskussion an Machbarkeitsstudie für „B 471 neu“

VON BERT BROSCHE

Grasbrunn – Was in anderen Gemeinden innerhalb weniger Minuten genehmigt ist, wurde im Grasbrunner Gemeinderat ausführlichst und konträr diskutiert: Das Gremium sollte dem sogenannten Lastenheft für die Machbarkeitsstudie für die „B 471 neu“ zustimmen. Dieses regelt, wer wie viel bezahlt. Der Landkreis München fordert für die Studie von jeder beteiligten Gemeinde 50 000 Euro.

Bereits Ende 2017 beschloss der Landkreis eine technische Machbarkeitsstudie zur Autobahnparallele („B 471 neu“) zu erstellen. Die Untersuchung soll eine Entlastungsstraße der B 471 parallel zur Autobahn aufzeigen und die östliche Anbindung der Messestadt verbessern. Einbezogen sind die Gemeinden Aschheim, Feldkirchen, Grasbrunn, Haar, Kirchheim, Putzbrunn, Unterföhring und Vaterstetten. Der Untersuchungsraum liegt zwischen den Kreuzungspunkten der B 471 mit der A 99 und den Autobahnanschlussstellen Aschheim/Ismaning und Ottobrunn, einschließlich der Erschließung der Messe aus dem Osten.

Bei der Finanzierung der Studie sah der Grasbrunner Gemeinderat allerdings Diskussionsbedarf. Das Gremium sollte „entscheiden, wie viel wir dafür zahlen wollen“, erklärte Bürgermeister Klaus Korneder (SPD). „Ich denke, es ist wichtig, dass wir mit am Tisch sitzen und nicht überfahren werden.“ Zudem gebe es so endlich eine konkrete Diskussionsgrundlage. „Bislang stehen ja nur sehr viele Ideen und Wünsche im Raum.“ Korneder plädierte dafür, dass die Gemeinde die 50 000 Euro für die Erstellung der Studie bezahlt. Allerdings nicht voreilig: „Warten wir doch erst mal ab, was die anderen bezahlen.“

Sollte sich die Gemeinde weigern mitzuzahlen, könnte sie bei der

Planung außen vor sein. „Wer zahlt, schafft an, lautet das Sprichwort. Also wenn wir mitreden wollen, müssen wir auch bezahlen – allerdings sind wir so direkt betroffen von den Planungen, dass wir wohl auch gefragt würden, ohne dass wir zahlen“, sagte Korneder.

SPD-Fraktionskollege Dieter Schuster forderte, dass die Gemeinde für die Studie nichts zahlt. „Das muss der Landkreis übernehmen.“ Hannes Bussjäger (FW) sah das anders: „Im Moment ist das alles nur ein roter Strich aus dem Jahr 2018 auf der Landkarte. Wenn es konkret wird, sollten wir schon dabei sein. Allerdings“, ärgerte sich Bussjäger, „sollten wir nicht jetzt schon exklusive Busspuren und eine Radautobahn auf der heutigen B 471 versprechen, ohne dass es irgendwelche konkreten Pläne gibt.“ Sven Blaukat (FDP) erinnerte an die aktuell für alle Gemeinden recht schwierigen Finanzsituation, „aus meiner Sicht sollten wir das zeitlich verschieben“.

Thomas Michalka (BFG) lehnte eine Machbarkeitsstudie generell ab. Diese untersuche „ja nur eine neue B 471, nicht aber, wie man den Verkehr insgesamt reduzieren oder andere Verkehrsmittel als das Auto einsetzen kann“. Später plädierte Michalka für eine zusätzliche „Umlandbahn“, die mit alternativen Verkehrsmitteln rund um München vom Norden in den Süden führt. Dieser Vorschlag wurde mit 7:11 Stimmen abgelehnt.

Mehrheitlich angenommen wurde hingegen, dass Grasbrunn, sich mit bis zu 50 000 Euro an der Machbarkeitsstudie beteiligt. Die Kommune wird zudem zusätzliche Fördergeldmöglichkeiten eruieren und auf die Planung eines neuen Autobahnanschlusses auf Höhe Putzbrunn pochen, der aber nicht zur Kirchenstraße in Grasbrunn führen darf.